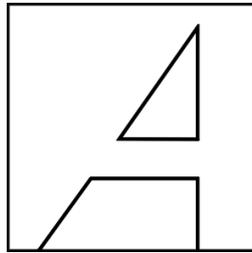


Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.  
Internationale Zusammenarbeit



Konrad  
**-Adenauer-**  
Stiftung

**Putins Nachfolge**  
sowie  
**Konsequenzen**  
**für die deutsch-russischen**  
**Beziehungen**

(Juni 2005)

von Dr. Thomas Kunze

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Russische Föderation

e-mail: [info@adenauer.ru](mailto:info@adenauer.ru)

## **Putins Nachfolge sowie Konsequenzen für die deutsch-russischen Beziehungen**

Derzeit finden sich sowohl in russischen als auch in internationalen Medien zunehmend Kommentare und Berichte, welche die mögliche Nachfolge des russischen Präsidenten Wladimir Putin diskutieren. Der russische Präsident scheint angeschlagen. Die Jukos-Affäre, die Verwaltungsreform, die Niederlagen in Abchasien, Georgien, Moldawien und in der Ukraine sowie Fehler bei der Umsetzung der Sozialreform trugen dazu bei, dass die Popularität Putins abnimmt und sich bereits jetzt öffentlich Anwärter auf die Putin-Nachfolge im Jahre 2008 zu Wort melden.

### **Wer möchte Putin beerben?**

Öffentlich haben in diesem Jahr bisher vier Männer ihr Interesse bekundet, nächster Präsident der Russischen Föderation zu werden. Dabei handelt es sich um **Wladimir Schirinowski**, stellvertretender Vorsitzender der Staats-Duma und Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei Russlands, Populist, ultranationaler Außenseiter, und bereits dreifacher Präsidentschaftskandidat seiner Partei (letztes Mal: 2000). Ihm wird durchaus zugetraut, zehn Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen zu können.

Der zweite Mann, der seine Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen 2008 „nicht ausschließt“, ist **Michail Kasjanow**, den Putin vor der letzten Präsidentschaftswahl im Jahre 2004 als Ministerpräsident entließ. Kasjanow gehörte der russischen Regierung seit 1995 an. Bis zu seiner Berufung zum Ministerpräsidenten durch Wladimir Putin im Mai 2000 war er Finanzminister. Er galt als letzter Vertreter des „Jelzin-Clans“ in Putins Kabinett. Sein jetziges Bemühen, sich als liberaler Wirtschaftsexperte und Demokratieverfechter zu präsentieren, kollidiert mit dem schlechten Ruf, den Jelzins Präsidentschaft mittlerweile in Russland hat.

Auch um Kasjanows Ruf selbst steht es nicht zum Besten. Er soll angeblich Mitte der 90er Jahre vertrauliche Informationen darüber, welche Schulden die russische Regierung in der nächsten Zeit begleicht, herausgegeben und dafür zwei Prozent der Vertragssumme erhalten haben. Seitdem trägt er den Begleitnahmen "Mischa zwei Prozent".

Auch **Genadi Selesnjow** warf seinen Hut in den Ring der vorfristigen Bewerber. Selesnjow kann auf eine steile KP-Karriere verweisen. Er war in den 80er Jahren Chefredakteur der „Komsomolskaja Prawda“, wurde dann Mitglied des ZK der KPdSU und später Chefredakteur der Parteizeitung „Prawda“. 1993 zog er als kommunistischer Abgeordneter in die Staats-Duma ein und wurde zweimal (1996 und 2000) deren Vorsitzender. Nach internen Auseinandersetzungen in der KPRF und Streit mit deren Vorsitzenden Gennadi Sjuganow, wurde er 2000 aus der KP ausgeschlossen und gründete eine eigene linke Bewegung („Rossija“) und im Jahre 2002 die „Partei der nationalen Wiedergeburt“, die er 2003 mit der „Partei des Lebens“ des heutigen Präsidenten des russischen Föderationsrates, Sergej Mironow, vereinigte. Obwohl die „Partei des Lebens und der Wiedergeburt Russlands“ bei den Wahlen im November 2003 die Fünf-Prozent-Hürde nicht nehmen konnte, schaffte Selesnjow als Direktkandidat den Einzug ins Parlament. Der Ex-Kommunist gilt als Putin-freundlich, möglicherweise hat der Kreml Selesnjows öffentlich geäußertes Interesse an Putins Nachfolge gefördert, um von Kasjanows Ambitionen abzulenken.

Schließlich sind dem russischen Ex-Schachweltmeister **Garri Kasparow** die 64 schwarz-weißen Felder zu eng geworden. Ihn zieht es in die Politik. Als Vorsitzender des im Januar 2004 gegründeten „Komitees 2008“ zeigt er Interesse an der Präsidentschaft. Aussichten darauf hat er keine. Die Mitbegründer des Komitees gehören der sogenannten demokratischen Szene Russlands an, die zwar Anhänger und Freunde im „Westen“, aber kaum noch in der eigenen Bevölkerung hat. Zu den Unterstützern zählen u. a. der unabhängige Abgeordnete Wladimir Ryschkow, Teile der Union Rechter Kräfte (SPS) und Teile der Jabloko-Partei. Wladimir Ryschkow, unabhängiger Duma-Abgeordneter aus dem Gebiet Altai, kennt man als Teilnehmer an Demokratie-Workshops westlicher Organisationen, in der russischen Politik aber fehlt ihm heute die Verwurzelung.

Der neue Chef der rechtsliberalen Union der Rechtskräfte, Nikita Belych, ist auf föderaler Ebene nahezu unbekannt, und der Vorsitzende der liberalen Partei „Jabloko“, Grigori Jawlinski, ist mittlerweile genauso einflusslos geworden wie seine Partei.

So laut und medienwirksam es bei jeder der vier inoffiziellen Präsidentschaftskandidaten-Küren in den vergangenen Monaten zugeht, so ruhig wurde es um die Personen nach ihrem Auftritt wieder. Die „Kandidaten“ des Frühjahres 2005 tauchen bereits im Frühsommer kaum noch in der Presse auf. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit im Jahre 2008 keine Chance auf die Präsidentschaft haben. Für eine Überraschung könnte lediglich **Michail Kasjanow** für den Fall sorgen, dass es ihm gelingt, sich zum richtigen Zeitpunkt als Kandidat einer geeinten Opposition, die eigentlich das Komitee 2008 darstellen möchte, zu präsentieren.

### **Dritte Amtszeit für Putin oder Kanzlerdemokratie nach deutschem Modell?**

Es gilt mittlerweile als relativ sicher, dass Wladimir Putin nur bis 2008 Präsident der Russischen Föderation sein wird. Die seit Monaten kolportierte Vermutung, Putin wolle die Verfassung ändern und sich so die Möglichkeit, für eine dritte Amtszeit schaffen, ist realitätsfern. Allerdings würde eine solche dritte Amtszeit in der russischen Bevölkerung wahrscheinlich ausreichend Unterstützung finden. Putin hat aber mehrfach und unmissverständlich erklärt, dass er sich an die Verfassung halten und 2008 nicht als Präsident antreten wird. Theoretisch möglich ist seine erneute Kandidatur im Jahre 2012, zumal er eine solche Kandidatur ausdrücklich nicht ausgeschlossen hat.

Genauso möglich, aber wenig wahrscheinlich wäre, dass Putin 2008 Ministerpräsident wird und eine Verfassungsänderung dieses Amt vorher im Vergleich zu dem des Präsidenten deutlich aufwertet. Hier scheinen aber die Risiken des erfolgreichen Machtüberganges am größten. Es ist zweifelhaft, dass es bis zu den Parlamentswahlen im Jahre 2007 gelingt, das Parteiensystem so umzubilden, dass die Partei, die dann einen künftigen Ministerpräsidenten Putin stellen soll, einen wirkliche Basis in der Bevölkerung ausbilden kann.

## **Nachfolgeszenarien**

Denkbar sind gegenwärtig drei Szenarien der Putin-Nachfolge:

### ***Option eins***

Diese Option ist untrennbar mit dem Schicksal des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko verbunden. Nicht erst, nachdem der amerikanische Präsident Bush im Mai 2005 in Riga freie Wahlen in Weißrussland gefordert und erklärt hat: „Es gibt keinen Platz für eine Diktatur auf dem europäischen Kontinent“, herrscht im Kreml Angst vor einer „orangenen Revolution“ in Minsk. Nach dem Abfall von Georgien und der Ukraine möchte Putins Administration ein weiteres außenpolitisches Fiasko vermeiden. Durch die Absetzung von Lukaschenko und die Beschleunigung des Vereinigungsprozesses von Russland mit Weißrussland würde Weißrussland im russischen Einflussbereich verbleiben. In diesem Fall könnte Wladimir Putin neuer Unionspräsident werden. Es ist vorstellbar, dass diese Variante seinen gegenwärtigen Wünschen am ehesten entspricht. Als Präsident einer größer gewordenen Russischen Föderation hätte er weiter entscheidenden Einfluss auf Wirtschaft und Politik. Dabei müsste er die administrative Umsetzung der notwendigen Reformen nicht mehr verantworten, die von ihm als Präsident der Russischen Föderation eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen worden sind, sondern er könnte sich auf sein strategisches Ziel, Russland wieder zu einer international einflussreichen Größe mit Weltmachtanspruch werden zu lassen, konzentrieren. Zumal wären mit dieser Variante alle verfassungs- und machtpolitischen Überlegungen, die im Zusammenhang mit der Putin-Nachfolge stehen, mit einem Schlag überflüssig. Die Russische Föderation bekäme einen neuen Präsidenten (siehe Option zwei). Putin aber wäre Präsident einer neuen Großrussischen Union.

### ***Option zwei***

Putin, seine engste Umgebung und die verschiedenen Interessengruppen im Kreml einigen sich in der russischen Präsidentschaft auf einen Nachfolger, der noch vom jetzigen Präsidenten designiert wird. Dieser Machtkampf hat schon begonnen.

Inhaltlich geht es um die Akkumulierung der finanziellen Ressourcen durch die Übernahme von strategisch wichtigen Wirtschaftsgesellschaften einerseits und die Frage der Beibehaltung oder der Herausforderung des Machtmonopols der Partei „Einheitliches Russland“ andererseits. Schlagzeilen machten in den vergangenen Wochen der Kampf zwischen „Gasprom“ und „Rosneft“ um die Übernahme der Kronjuwelen des zerschlagenen Jukos-Konzernes „Juganskneftgas“, das Ringen um die Zusammenlegung von „Gasprom“ und „Rosneft“ sowie ein Personalwechsel in der Partei „Einiges Russland“.

Die wichtigen Entscheidungen dürften dabei nach wie vor in der engsten Umgebung Putins gefallen sein. Fünf Personen zählen zu diesem Kreis: Präsidentialamtschef **Dmitri Medwedjew**, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender des Gasprom-Konzerns, ist ein alter Weggefährte Putins. Beide waren 1990 Assistenten des legendären Petersburger Gouverneurs Anatoli Sobtschak. Der Vizechef des Präsidentialamts, **Igor Setschin**, soll jedoch einflussreicher sein als Medwedjew. Setschin gilt als „graue Eminenz“ und zweitmächtigster Politiker Russlands. Er initiierte die Attacke gegen den Jukos-Konzern und kontrolliert den Papierfluss des Präsidenten. Gleichfalls im Rang eines Vizechefs der Zentrale der Macht steht der frühere KGB-Offizier **Viktor Iwanow**. Im „Nebenberuf“ ist er Aufsichtsratsvorsitzender der staatlichen Fluggesellschaft „Aeroflot“ sowie des Rüstungskonzerns „Almas-Antej“. Der dritte Vizechef der präsidentialen Verwaltung ist **Wladislaw Surkow**, einst Berater des früheren Jukos-Chefs Michail Chodorkowski, und heute Aufsichtsratsvorsitzender der staatlichen Pipelinegesellschaft „Transnefteprodukt“. In Putins Administration verantwortet er die politische Planung und Ideologiefragen. Ihm wird die Theorie der „gelenkten Demokratie“ zugeschrieben. Verteidigungsminister **Sergej Iwanow** ist schließlich der einzig „öffentliche Politiker“ aus Putins Führungskreis. Er gehört dazu weniger Kraft seines Amtes, sondern ihn verbinden mit Putin die gleiche Herkunft aus St. Petersburg sowie eine gemeinsame Vergangenheit im Apparat des russischen Geheimdienstes.

Sollte es Putin und seinen Vertrauten gelingen, bis 2007/2008 die wirtschaftlichen und politischen Fäden in der Hand zu behalten, sind drei dieser Personen als potentielle Nachfolger im Gespräch. Dmitri Medwedjew könnte es als Interimspräsident ermöglichen, dass Putin nach vier Jahren erneut und dann verfassungsmäßig als Präsident wiedergewählt wird.

Genährt werden solche Gerüchte durch Äußerungen des Vorsitzenden des Föderationsrates, Sergej Mironow, der erklärt hatte, Putin könnte nach 2008 „vorübergehend“ Parlamentschef oder Ministerpräsident werden.

Nicht ausschließen wollen Kreml-Experten auch eine Präsidentschaft von Igor Setschin.

Auch Sergej Iwanow wird intern für die Nachfolge genannt. Er würde sich jedoch sicher nicht mit dem Amt eines quasi Interims-Präsidenten zufrieden geben. Iwanow wäre aber ein Garant dafür, dass die russische Politik in Putins Sinne fortgesetzt werden würde. Für den Fall seiner Präsidentschaft wird bereits jetzt Finanzminister Andrej Kudrin als Ministerpräsident gehandelt.

Fest steht, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Chancen für eine interne Nachfolgeregelung gut sind. Putins Popularität in der Bevölkerung hat zwar in den letzten Monaten gelitten, jedoch würde sie nach wie vor dazu ausreichen, einem von ihm designierten Nachfolger beste Wahlchancen zu geben. Putin selbst, könnte er noch einmal antreten, würde mit ziemlicher Sicherheit wieder gewählt werden.

### ***Option drei***

Unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen, ist eine Revolution nach ukrainischem oder georgischem Vorbild in Moskau, welche die Karten im Machtpoker völlig neu mischen würde. Eine solche Situation könnte durch eine komplexe krisenhafte Entwicklung in den Jahren 2007 / 2008 ausgelöst werden. Ein gewisser Nährboden dafür ist in den Gegenden der Russischen Föderation vorhanden, die nicht wie Moskau, St. Petersburg und andere Metropolen vom Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre profitieren konnten. Im Nordkaukasus, wo zudem der islamische Faktor eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, gab es bereits in mehreren Republiken Aufstände. Auch in Tatarstan und Baschkirien gäbe es. Im Falle einer solchen Entwicklung werden aber sicher nicht die gespaltenen und zerstrittenen demokratischen politischen Kräfte wie Jabloko oder SPS profitieren, sondern eher vom Kreml gepflegte Parteien wie „Rodina“ („Heimat“) mit ihrem Vorsitzenden ***Dimitri Rogozin***.

## **Fazit und Handlungsempfehlungen**

Die Möglichkeit, dass vor den Parlamentswahlen (2007) und Präsidentschaftswahlen (2008) in Russland eine Entwicklung in Gang gesetzt wird, die mit den Revolutionen in Georgien oder in der Ukraine verglichen werden kann, ist gering. Das bedeutet aber keinesfalls, dass sich in Russland die demokratische Entwicklung nicht fortsetzen kann. Die Russische Föderation hat nur dann eine Chance auf Sicherheit, Wohlstand und ein nicht ausschließlich an Erdölpreise gekoppeltes Wirtschaftswachstum, wenn sie sich Europa weiter annähert. Wladimir Putin ist nach wie vor ein relativ berechenbarer Garant für eine solche Entwicklung, und es ist sehr wahrscheinlich, dass er weiterhin eine wichtige Rolle in der russischen Politik spielen wird.

Sein Vorgänger Boris Jelzin beging während seiner Präsidentschaft schwerwiegende politische Fehler, die das Land an den Rand des Chaos brachten. Für Jelzin wäre die Fortsetzung der politischen Karriere nach 2000 undenkbar gewesen.

Putin hingegen hat das Chaos der Jelzin-Ära beseitigt, die Macht der Oligarchen eingeschränkt und ihnen die Kontrolle über die Energiepolitik wieder aus den Händen genommen. Er ist erst 52 Jahre alt, und er will Russland modernisieren. Die Umsetzung der von ihm angestoßenen Reformen gelingt jedoch nur schleppend. Das hängt zum einen mit der Größe Russlands und vielen neu entstandenen Partikularinteressen zusammen, zum anderen ist die strategische Zielrichtung Russlands nicht eindeutig definiert.

Gerade eine solche Definition läge aber im deutschen und europäischen Interesse. Hier sollte eine neue Bundesregierung ansetzen. Russland muss sich als alternativloser Partner Europas verstehen, gleiches gilt aber auch umgekehrt. Dazu braucht man zunächst eine pragmatische Partnerschaft der Interessen, danach kann man eine Wertegemeinschaft aufbauen. Wladimir Putin und seine Politik stellen für den Westen keine Gefahr dar. Russland sucht eine neue Identität, und Putin steht bei dieser Identitätssuche auf der Seite derjenigen, die sich Europa zuwenden.

Bei der Ausgestaltung dieser Partnerschaft steht eine neue, möglicherweise CDU-geführte Bundesregierung vor der Aufgabe, das unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder ramponierte Verhältnis zu den USA genauso wiederherzustellen wie das verloren gegangene Vertrauen der MOE-Staaten in die Seriosität deutscher Außenpolitik. Eine Achse Paris-Berlin-Moskau als „Gegengewicht“ zu den USA und den osteuropäischen Staaten schadet den deutschen Interessen genauso wie eine Politik peinlicher Freundschaftsbekundungen und gemeinsamer Schlittenfahrten. Die russisch-deutschen Beziehungen brauchen die Substanz einer Vision, die erstens mittelfristige Wirtschaftsinteressen überdauert und zweitens das europäisch-amerikanische Verhältnis als Basis unserer Freiheit nicht in Frage stellt. Europa und Russland könnten sich in vielleicht 15-20 Jahren in einer neuen europäischen Partnerschaftsstruktur wieder finden, welche dann auch die transatlantischen Beziehungen völlig neu definiert. Denn Russland ist zwar der östlichste Ausläufer Europas, aber durch seine Geschichte, Kultur und Zivilisation gehört es zu Europa genauso wie es zur transatlantischen Wertgemeinschaft gehört, die uns mit den USA verbindet. Aus diesem Blickwinkel sollten deshalb auch mögliche, in nächster Zeit zu erwartende Rivalitäten zwischen dem „Westen“ und Russland um Einfluss in der Ukraine oder in Weißrussland betrachtet werden.

\* \* \*